

Fordern & fördern



Hinter diesem Slogan aus der Führungslehre steckt, dass **Leistungsfähigkeit und Leistungswillen vor allem durch Herausforderungen gestärkt werden. Als wirtschaftspolitische Maxime ist die Verquickung der beiden Begriffe aber problematisch.**

Es ist populär, Förderung zu fordern, d. h. Ansprüche beim Staat anzumelden. Dabei ist es notwendig, sich selbst oder jene, die man fördern möchte, zunächst einmal als besonders schwach, bedroht und bedürftig, kurz: als überfordert und unmündig darzustellen.

Aber das Fordern von Förderung ist oft ein Irrweg, bei dem die Förderungsbedürftigen zu wenig ernst genommen und entmündigt werden. Und mit dem man ihnen nur vorläufig und scheinbar nützt, weil sie dadurch vom Förderungssystem und seinen Exponenten abhängig werden.

Das Evaluieren von förderungswürdigen Potenzialen gehört zur hohen Schule der privaten Kreditvergabe. In diesem empfindlichen Experimentierfeld wirtschaftlicher Entwicklung können sich staatliche Interventionen als gefährliche Fehlsignale erweisen, auch wenn sie gut gemeint sind.

Für jeden staatlich Geförderten gibt es eine grössere Anzahl von Nicht-Geförderten, faktisch Diskriminierten. Die Chance, dass unter den nicht-geförderten bessere Unternehmen sind als unter den geförderten, ist sehr hoch. Und jene werden in ihren Aktivitäten gebremst, vielleicht sogar zerstört. Dies beeinträchtigt die Produktivität im Gesamtsystem.

Die beste Förderung der KMU ist die Deregulierung, die Aufhebung von Privilegien und Nischen, welche sich die Grossen durch ihre Lobbies erkämpft haben – oder die durch staatliche Angebote blockiert sind.

Robert Nef
Publizist, St.Gallen

Die Unia. Der Konzern.

In der Schweiz gibt es bekannte Weltkonzerne wie Nestlé, Novartis, Hoffmann-La Roche, die Grossbanken und die Industriekonglomerate. Und es gibt die Unia.

In der sich industrialisierenden Welt hiessen die frühen Konzerne auf Französisch «Syndicats». In unserer Sprache hat sich der Begriff «Konzern» durchgesetzt.

Ein «Syndikat» ist heute in unserem Sprachgebrauch a) eine Gewerkschaft oder b) eine kriminelle Organisation. Die Mafia ist hier nicht das Thema, die Unia schon. Die grösste Gewerkschaft der Schweiz rauscht durch die Industrie, das Gewerbe und den Bau.

Syndikate sind manchmal auch Konzerne. Das Syndikat Unia setzt jährlich Hunderte Millionen Franken um. Seit dem jüngsten Urteil des Bundesgerichts ist auch belegt, dass der Gewerkschaftsriese auf Bankguthaben von 60 Millionen Franken sitzt und Dutzende Immobilien mit einem Steuerwert von rund 400 Millionen Franken sein Eigen nennt.

Die Linken haben sich längst auf ihre rote Fahne geschrieben, die offenbar bösen Konzerne zu bekämpfen. Mit Blick auf das opulente Unia-Portfolio scheint mir hier eine baldige Selbstkasteiung angezeigt zu sein.

Es sei Linken unbenommen, das Geld für sie arbeiten zu lassen. Dass aber die Allgemeinheit die Unia zwangsweise mästen muss, hinterlässt ein «Gschmäckli». Ein Beispiel: Jährlich fliessen Dutzende Millionen für das Administrieren von Arbeitslosenkasernen und Gesamtarbeitsverträgen (GAV) in die Kriegskasse der wirtschafts- und arbeitgeberfeindlichen Organisation.

Lehnen sich Economiesuisse & Co. dagegen auf? Nein: Sie schauen dem Treiben untätig zu. Und, mehr noch, in Abstimmungskämpfen gefährden sie durch ihr Karisieren mit den Syndikaten sogar die Gunst von verlässlichen Bürgerlichen.

In Anbetracht der finanziellen Potenz der Unia könnte man die Affären zwischen den Syndikalistinnen und der Economiesuisse fast schon als «Konzernheirat» bezeichnen. Eine Art Ehe für alle. Für alle Begüterten, um präzise zu sein.



Der Rheintaler SVP-Nationalrat Roland Rino Büchel ist Mitglied der Aussenpolitischen Kommission und Mitglied des Europarates.